



Besessen von Atomwaffen?

Die Wiener Konferenz zu den Folgen von Atomwaffen am 8. und 9. Dezember 2014

Der Besitz von Atomwaffen verhindert keine internationalen Konflikte, sondern macht sie gefährlicher. Atom-Streitkräfte in Alarmbereitschaft zu halten, bietet keine Sicherheit, sondern erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation. Das Aufrechterhalten von Doktrinen zur nuklearen Abschreckung verhindert nicht die Verbreitung der Atomwaffen, sondern es macht sie im Gegenteil noch begehrter, erklärte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon.

Fast tausend Personen drängten sich in die Konferenzhalle der majestätischen Hofburg in Wien. Zwei volle Tage lang sollte das Unaussprechliche, Unvorstellbare debattiert werden: die humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes. Es war nach Norwegen und Mexiko die dritte Konferenz, zu der außerhalb der UN von einer Regierung eingeladen wurde. Die zunehmende Zahl der Teilnehmerstaaten zeigt, dass es den Konferenzen gelingt, einerseits für das Thema Atomwaffen zu sensibilisieren und andererseits Druck

in Richtung nukleare Abrüstung auszuüben. Repräsentanten aus fast 160 Staaten waren vor Ort, darunter diesmal auch die USA und das Vereinigte Königreich. Sie nahmen erstmalig teil, zum Ärger von Russland und Frankreich, die der Konferenz standhaft fernblieben.

Am Ende der Konferenz erklärte Österreich seine Selbstverpflichtung, an der Schließung der Rechtslücke zu arbeiten, die momentan das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen behindert. Österreich lud andere ein, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Das österreichische Außenministerium hatte für die Konferenz alle Hebel in Bewegung gesetzt und bei der Eröffnungszeremonie forderte der junge Außenminister Sebastian Kurz neue Impulse für konkrete Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung.

Hochrangige Botschaften des UN-Generalsekretärs und des Papstes bestimmten den Ton der Konferenz. Papst Franziskus ermutigte die Opfer nuklearer Waffen, ihre Stimmen mahnend zu erheben.

Eine lange Liste prominenter Personen hatte dem österreichischen Außenministerium per Grußbotschaft ihre Überzeugung mitgeteilt, dass die Risiken nuklearer Waffen unterschätzt werden und dringend reduziert werden müssen. Peter Maurer, der Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, wies darauf hin, dass neue Studien die bereits zuvor vertretene Position bekräftigen, dass im Falle einer Atomexplosion die Mittel zur Hilfe und Unterstützung keineswegs ausreichen würden.

Als die Hibakusha Setsuko Thurlow aus Hiroshima ihre persönliche Geschichte erzählte, litt der ganze Saal mit ihr.

**A is for atom, B is for bomb.
C is for cancer, D is for death.**

So leitete die Eröffnungszeremonie in die Hauptthemen der Konferenz ein, die im weiteren Verlauf durch die Besprechung der Folgen von Atomexplosionen, Atomversuchen sowie der Risiken und Szenarien des Einsatzes intensiv behandelt wurden.



Wissenschaftliche Präsentationen wechselten sich mit Berichten von „Downwinders“ ab, den Opfern des nuklearen Fallouts. Die an den Rollstuhl gefesselte Michelle Thomas von HEAL in Utah berichtete auf beeindruckende Weise über das Aufwachsen in einem Gebiet, das durch über 100 oberirdische Atomtests verstrahlt ist und über die Bewohner, die in Folge der Tests von Krebs und anderen Krankheiten heimgesucht wurden. Sie habe sich immer für den Aktivismus ihrer Mutter geschämt, bis sie verstanden hätte, dass nicht der Feind, sondern ihr eigenes Land sie „zu Tode bombte“.

Während der Fragephase, nach drei Berichten von Frauen über die Zerstörung ihres Landes, ihrer Existenz und Gesundheit, beging der Regierungsvertreter der USA einen schweren Fehler. Statt eine Frage zu stellen, hielt er eine Rede, obwohl der Vorsitzende den Ländern dies am Vortag eindeutig untersagt hatte. Der US-Repräsentant versäumte es, sich bei den „Downwinders“ für ihr schweres Leid zu entschuldigen. Er beharrte darauf, dass

die USA nicht von ihrer geplanten „Schritt-für-Schritt“-Strategie bezüglich der atomaren Abrüstung abrücken würden.

Atomwaffen sind zu grausam, um toleriert werden zu können.

Am zweiten Tag der Konferenz kam ein Podium für Internationales Humanitäres Völkerrecht zum Ergebnis, dass die Verwendung von Atomwaffen das geltende Humanitäre Völker- und Umweltrecht verletzt, auch wenn noch kein offizielles Verbot existiert. Eine beeindruckende Rede von Nobuo Hayashi (Universität Oslo) betonte die ethischen und moralischen Dimensionen und folgerte, dass Atomwaffen genau wie Folter – der US-Senatsbericht dazu war gerade veröffentlicht worden – zu grausam sind, um sie tolerieren zu können. Nun, „da wir nicht länger in einer Zeit leben, in der die Menschheit sich gezwungen fühlt, sich selbst als Geisel für das eigene Überleben zu nehmen“, sei ein günstiger Moment, sich von diesem Leiden zu befreien.

Die Phase der politischen Erklärungen dauerte fünf Stunden – ohne Mittagspause und zeitweise ohne Übersetzung. Vertreter/innen von 100 Staaten ergriffen das Wort, um ihre Gedanken und Ergebnisse miteinander zu teilen. Hin und wieder wurde die Langeweile durch zivilgesellschaftliche Stellungnahmen unterbrochen, besonders hervorzuheben die von Richard Lelanne (Wildfire), der an die atomwaffenfreien Staaten plädierte, mit dem Jammern aufzuhören und umgehend anzufangen, Atomwaffen unter Strafe zu stellen.

Die von Wildfire benannten Wieselstaaten, also die Staaten unter dem „nuklearen Schirm“ der USA wurden von einem riesigen Wiesel begrüßt, das im Foyer auftauchte. Lelanne verglich die Atomwaffenstaaten mit Alkoholikern, besessen von ihren Waffen, und drängte die atomwaffenfreien Staaten, dieses Verhalten nicht zu unterstützen. Die ICAN-Stellungnahme wurde von der jungen Direktorin von ICAN Österreich, Nadja Schmidt präsentiert, die einen Prozess „offen für alle und blockierbar von niemandem“ forderte, der zum Verbot von Atomwaffen führen müsse.

Die Ukraine war jedoch so gefangen in ihrem aktuellen Konflikt mit Russland, dass sie nicht fähig war, über den Teller-

rand zu schauen und sich stattdessen einer verbalen Attacke gegen Russland hingab.

Das Vereinigte Königreich behauptete, die humanitären Folgen seien bereits 1968 offensichtlich gewesen und ein Verbot oder ein Zeitplan zur Abschaffung würde die strategische Sicherheit gefährden. Dementsprechend würde Großbritannien seine Sprengkörper „so lange wie notwendig“ behalten.

Haupterfolg der Konferenz war die österreichische Selbstverpflichtung. Damit ist der Weg für andere Staaten offen, die ihre Bereitschaft zum Einstieg in den Verbots- und Abschaffungsprozess signalisieren.

Es ist unwahrscheinlich, dass vor der Überprüfungs-konferenz des Nicht-Verbreitungs-Vertrages im Frühjahr 2015 mehr erreicht werden kann. Viele halten es für unwahrscheinlich, dass auf der Atomwaffensperrvertrags-Konferenz in New York eine Einigung erzielt wird. Trotzdem könnte Österreich die Unterstützung für die Selbstverpflichtung nutzen, um Verhandlungen über einen neuen Vertrag anzukurbeln – mit oder ohne die Atomwaffenstaaten. Angesichts der Tatsache, dass 2015 der 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki begangen wird, könnte dies ein geeigneter Zeitpunkt sein, Gespräche über ein Verbot zu beginnen.



Xanthe Hall ist Abrüstungsexpertin der IPPNW.